

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft  
*The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics*

Thiele, Silke

**Working Paper**

## Zur Notwendigkeit der Berücksichtigung des Vermögens bei der Beurteilung sozialpolitischer Maßnahmen

FE working paper // University of Kiel, Department of Food Economics and Consumption Studies, No. 0006

**Provided in cooperation with:**

Christian-Albrechts-Universität Kiel (CAU)

Suggested citation: Thiele, Silke (2000) : Zur Notwendigkeit der Berücksichtigung des Vermögens bei der Beurteilung sozialpolitischer Maßnahmen, FE working paper // University of Kiel, Department of Food Economics and Consumption Studies, No. 0006, <http://hdl.handle.net/10419/38619>

**Nutzungsbedingungen:**

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

**Terms of use:**

*The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at*

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
*By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.*

## Zur Notwendigkeit der Berücksichtigung des Vermögens bei der Beurteilung sozialpolitischer Maßnahmen

Silke Thiele

Working Paper EWP 0006  
Department of Food Economics  
and Consumption Studies  
University of Kiel  
December 2000

The FE-Working Papers are edited by the Department of Food Economics and Consumption Studies at the University of Kiel. The responsibility for the content lies solely with the author(s). Comments and critique are highly appreciated.

Address:

Department of Food Economics and Consumption Studies,  
University of Kiel, Olshausenstr. 40, D-24118 Kiel, Germany.  
Phone: +49/431 880 4425, Fax.: +49/431 880 7308,  
e-mail: [rstaehler@food-econ.uni-kiel.de](mailto:rstaehler@food-econ.uni-kiel.de)  
<http://www.uni-kiel.de/foodecon/ern-wirt.htm>

# Zur Notwendigkeit der Berücksichtigung des Vermögens bei der Beurteilung sozialpolitischer Maßnahmen

*Silke Thiele*

*Für die Beurteilung von Verteilungswirkungen sozialpolitischer Maßnahmen ist die Kenntnis der sozialen Lage privater Haushalte zwingend erforderlich. Zur Bestimmung der sozialen Lage wird im allgemeinen das Kriterium Einkommen herangezogen. Erstmals für die Bundesrepublik wird in dieser Analyse zusätzlich das Vermögen in Form von Geld-, Grund-, Gebrauchs- und Rentenvermögen berücksichtigt. Es wird gezeigt, daß ein Einbezug des Vermögens deutliche Verschiebungen sozialer Lagen zur Folge haben kann. Dabei kommt insbesondere dem häufig vernachlässigten Rentenvermögen<sup>1</sup> eine hohe Bedeutung zu. Zur empirischen Untermauerung werden im weiteren Haushaltskonstellationen ermittelt, die systematisch gering bzw. hoch mit Vermögen ausgestattet sind. Abgeleitet aus Ansätzen der Theorie der Vermögensbildung wird ein ökonometrisches Modell geschätzt. Grundlage der empirischen Analyse bilden die rund 45.000 bundesdeutschen Haushalte der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988.*

## 1 Problemstellung und Vorgehensweise

Das Vermögen beeinflußt die soziale Lage der bundesdeutschen Privathaushalte in zunehmendem Maße. Im Jahr 1997, so wurde von der Deutschen Bundesbank veröffentlicht, verfügten die deutschen Privathaushalte über ein Geldvermögen in Höhe von ca. 5,3 Billionen DM (DEUTSCHE BUNDESBANK, 1998, S.41). Das entspricht einem durchschnittlichen Wert pro Haushalt von rd. 140.000 DM (DEUTSCHE BUNDESBANK, 1998, S.41; STATISTISCHES BUNDESAMT, 1998).

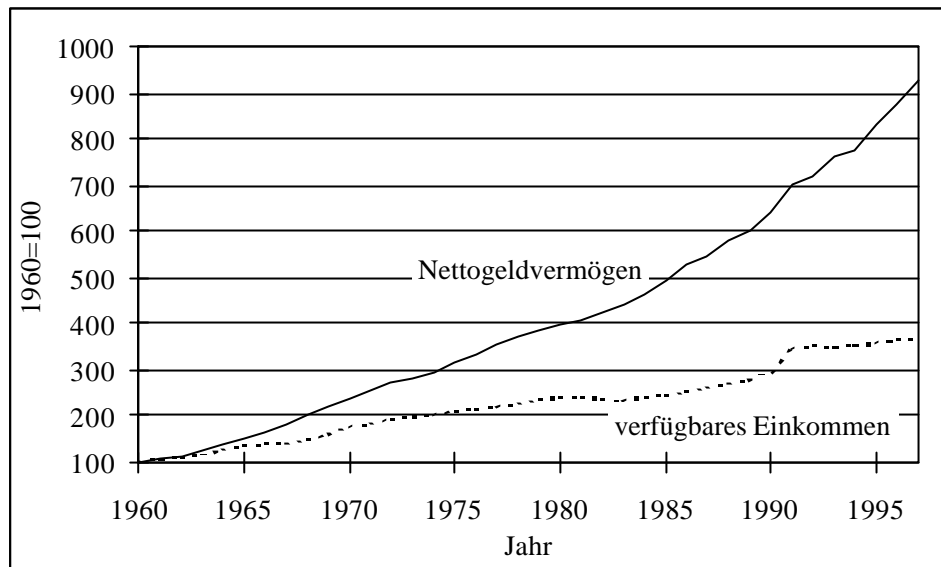
Das Geldvermögen, so zeigt sich in der Abbildung 1, ist seit 1960 real um mehr als das 9-fache gestiegen. Im gleichen Zeitraum ist die Summe der verfügbaren Einkommen um das etwa 4-fache angewachsen. Dieser Vergleich deutet darauf hin, daß die soziale Lage privater Haushalte zunehmend mehr durch das Vermögen und zunehmend weniger durch das Einkommen bestimmt wird.

Angesichts der steigenden Bedeutung des Vermögens ist es erstaunlich, daß bei der Beurteilung der sozialen Lage privater Haushalte lediglich das Einkommen im Vordergrund steht. Das Vermögen findet entweder keine Berücksichtigung oder wird nur am Rande behandelt. So beispielsweise auch im Familien-, Alten- und Agrarbericht der Bundesregierung sowie im Jahregutachten des Sachverständigenrates, also in Berichten, die wesentliche Grundlagen für Politikentscheidungen bilden.

---

<sup>1</sup> Das Rentenvermögen stellt erworbene Ansprüche an Rentenzahlungen im Alter dar.

**Abb. 1: Reale Entwicklung von Nettogeldvermögen und verfügbarem Einkommen im Zeitraum 1960 bis 1997 (1960 = 100)**



Anmerkungen: (1) Nettogeldvermögen = Geldvermögen abzüglich Konsumentenkredite; (2) bis 1990 alte Bundesländer, ab 1991 Gesamtdeutschland

Quelle: DEUTSCHE BUNDESBANK (Hg.): Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1997 und vorangehende Veröffentlichungen. In: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 5/1998, S. 27-42.; STATISTISCHES BUNDESAMT (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1998. Wiesbaden, 1998; eigene Berechnungen und Darstellung.

Die geringe Beachtung des Vermögens ist wesentlich auf die mangelhafte Datengrundlage zum Privatvermögen zurückzuführen. Die einzige Erhebung, die das Vermögen verschiedener Haushaltsgruppen umfangreich und mit hoher Gliederungstiefe erfaßt, ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes (EVS). Aber selbst in dieser Erhebung ist das Vermögen nur teilweise erfaßt. Erhoben werden lediglich die Positionen Geld- und Grundvermögen. Weitere Vermögensarten wie das Human-, Renten- und Gebrauchsvermögen sind gar nicht oder nur unzureichend ausgewiesen.

Es stellt sich die Frage, welchen Einfluß das Vermögen auf die soziale Lage hat, bzw. inwieweit es zu Verschiebungen sozialer Lagen kommen kann, wenn das Vermögen neben dem Einkommen berücksichtigt wird. Unmittelbar hiermit verbunden ist die Frage, ob hinter der derzeitigen Vermögensverteilung eine bestimmte Systematik steht, d.h. ob es bestimmte Haushaltskonstellationen gibt, die signifikant hoch oder gering mit Vermögen ausgestattet sind. Aus diesen Fragen abgeleitet soll nachfolgend ein Einbezug des Vermögens neben dem Einkommen bei der Beurteilung sozialer Lagen vorgenommen werden. Anschließend erfolgt eine Analyse der Determinanten des Vermögens mittels ökonomischer Methoden.

Eine umfassende Analyse der Vermögensverteilung erfordert einen Einbezug möglichst aller Vermögensarten. Da Haushalte unterschiedliche Präferenzen hinsichtlich der Bildung einzelner Vermögensarten haben, kann es zu verzerrten Ergebnissen kommen, wenn einzelne Positionen ausgeklammert bleiben. Aus diesem Grund wurde bei der vorliegenden empirischen Analyse Wert darauf gelegt, das Vermögen möglichst umfangreich zu erfassen. Neben dem Geld- und Grundvermögen, welches direkt in dem hier verwendeten Datenmaterial der EVS 1988 erfaßt ist und somit auch in den meisten Analysen als alleinige Grundlage verwendet wurde, werden zusätzlich das Renten-<sup>2</sup> und Gebrauchsvermögen einbezogen. Das Humanvermögen muß aufgrund der Schwierigkeit der Erfassung unberücksichtigt bleiben.

Insgesamt verfolgt die vorliegende Analyse das Ziel, die Informationsgrundlage für eine effiziente Ausgestaltung verteilungspolitischer Maßnahmen zu verbessern.

## **2 Einbezug des Vermögens bei der Beurteilung sozialer Lagen**

Soll das Vermögen neben dem Einkommen bei der Beurteilung sozialer Lagen berücksichtigt werden, stellt sich die Frage, wie die Stromgröße „Einkommen“ und die Bestandsgröße „Vermögen“ zu einem Indikator der sozialen Lage zusammengefaßt werden können.

Ein häufig angewendetes Verfahren besteht darin, die Einnahmen aus dem Vermögen als Indikator für den Vermögensbestand heranzuziehen (DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, 1991; BEDAU, 1992, BEDAU, 1993, S.161-164). Dieses Verfahren wird häufig verwendet, weil die Einnahmen aus dem Vermögen im Gegensatz zu den Vermögensbeständen relativ problemlos erfaßt werden können. Darüber hinaus hat dieses Verfahren den Vorteil, daß die Schwierigkeiten bei der Zusammenfassung von Strom- und Bestandsgröße umgangen werden können. Problematisch ist jedoch, daß die Einnahmen aus dem Vermögen den Vermögensbestand nicht hinreichend widerspiegeln können, denn wesentliche Größen sind entweder gar nicht erfaßt wie z.B. das Gebrauchs- und Rentenvermögen oder nur unzureichend wie z.B. das Grund- und Lebensversicherungsvermögen (vgl. THIELE, 1998, S. 74).

---

<sup>2</sup> Vielfach wird in Frage gestellt, ob die erst in der Zukunft realisierbaren Rentenansprüche Vermögenswerte darstellen, die bereits die gegenwärtige soziale Lage eines Haushalts beeinflussen. Es wird argumentiert, daß Rentenansprüche nicht liquide, nicht disponibel (d.h. veränderbar, veräußerlich oder übertragbar), nicht beleihbar und nicht pfändbar seien. Aufgrund dieser fehlenden Eigenschaften sei der Vermögenscharakter der Rentenansprüche nicht gegeben und somit auch der Einfluß auf die gegenwärtige soziale Lage nicht oder nur gering vorhanden. Demgegenüber spricht für den Vermögenscharakter der Rentenversicherungsansprüche, daß sie ebenso wie das Vorsorgesparen erworben werden. So macht es für einen Haushalt keinen Unterschied, ob er durch freiwillige Sparleistungen seine Altersvorsorge sicherstellt oder durch Beiträge an die Gesetzliche Rentenversicherung. Rentenansprüche stellen demnach ein Substitut zu beispielsweise Lebensversicherungen dar. Werden Lebensversicherungen in eine Betrachtung der Vermögenslage bzw. der sozialen Lage der Haushalte einbezogen, nicht aber die Ansprüche an Altersrenten, kommt es zu verzerrten Aussagen. Dennoch wurde das Rentenvermögen bisher erst einmal explizit bei einer Verteilungsanalyse berücksichtigt. Diese von HOBER durchgeführte Analyse bezieht sich auf das Jahr 1973 (HOBER, 1981).

Stehen Daten zu Vermögensbeständen zur Verfügung, wird die Betrachtung von Einkommen und Vermögen gewöhnlich getrennt vorgenommen. Rückschlüsse über die soziale Lage werden gezogen, indem Haushalte bzw. Individuen identifiziert werden, die sowohl geringe (hohe) Einkommens- als auch geringe (hohe) Vermögensgrößen aufweisen (vgl. WOLFF, 1990; RADNER/ VAUGHAN, 1987). Diese getrennte Betrachtung der Größen ist jedoch unbefriedigend. Befindet sich ein Haushalt zum Beispiel in einer geringen Einkommens-, jedoch hohen Vermögensgruppe, kann die soziale Lage nicht exakt bestimmt werden, da eine Gewichtung dieser beiden Gruppen zueinander bei der getrennten Betrachtung nicht vorgesehen ist.

Bei der direkten Zusammenfassung von laufendem Einkommen und Vermögensbeständen kommen unterschiedliche Methoden zur Anwendung. In der Regel werden bestimmte Vermögensbestandteile zum Einkommen addiert. Diese Bestandteile werden je nach Untersuchungsschwerpunkt unterschiedlich gewählt. Die Wahl reicht von der willkürlichen Festsetzung von z.B. einem Drittel des Vermögens (vgl. RADNER, 1993, S.103) bis zur Auswahl der unmittelbar liquidierbaren Vermögensbestandteile. Diese Methoden kommen dann zur Anwendung, wenn ausschließlich die zum gegenwärtigen Zeitpunkt explizit vorhandenen Konsummöglichkeiten interessieren (DAVID, 1959).

Daß zur Beurteilung der sozialen Lage nicht die gegenwärtigen, sondern die permanenten Konsummöglichkeiten interessieren, wird insbesondere in der permanenten Einkommenstheorie von FRIEDMAN betont (vgl. z.B. BÖRSCH-SUPAN, 1995, S.150f.). Der permanente Konsum ist das beständige Konsumniveau, das ein Individuum für den Rest seines Lebens aufrechterhalten könnte, wenn das gegenwärtige Vermögensniveau und das jetzt und in Zukunft verdiente Einkommen gegeben sind. Ein Haushalt ohne Arbeitseinkommen besitzt beispielsweise ein permanentes Einkommen bzw. eine permanente Konsummöglichkeit in der Höhe, die sich bei einem Auflösen des gesamten Vermögens mit einer konstanten Rate über seine Restlebenszeit ergibt (DORNBUSCH/ FISCHER, 1992, S.282f.).

Ein mit diesen Annahmen vereinbares Konzept wurde von WEISBROD und HANSEN entwickelt (WEISBROD/ HANSEN, 1968). Sie addieren zum laufenden Einkommen einer Periode ( $Y_t$ ) Annuitäten aus dem jeweiligen Nettovermögen, sogenannte Einkommensäquivalente (vgl. Formel 1). Einkommensäquivalente bestehen dabei aus dem Barwert des Vermögens ( $V_t$ ) multipliziert mit einem Vermögensverteilungsfaktor ( $\frac{i}{1 - (1+i)^{-n}}$ ), welcher das Vermögen einschließlich der

Verzinsung gleichmäßig auf die noch verbleibenden Lebensjahre eines Haushalts aufteilt.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Zur Diskussion des Well-Being Ansatzes von WEISBROD und HANSEN vgl. THIELE, 1998, S.76f.

## Well-Being nach WEISBROD und HANSEN

$$(1) \quad Y_t^* = Y_t + \underbrace{V_t \times \frac{i}{1-(1+i)^{-n}}}_{\text{Einkommensäquivalent}}$$

$Y_t^*$	=	Well-Being zum Zeitpunkt t
$Y_t$	=	Einkommen zum Zeitpunkt t
$V_t$	=	Nettogesamtvermögen zum Zeitpunkt t
$n$	=	Lebenserwartung ab Zeitpunkt t
$i$	=	Zinssatz

In dem im folgenden verwendeten Ansatz wird das Konzept von WEISBROD und HANSEN zugrundegelegt, dabei jedoch um zwei Aspekte erweitert: Eine erste Erweiterung besteht darin, daß hier ein zusätzliches Einkommensäquivalent einbezogen wird, und zwar ein Einkommensäquivalent aus dem Rentenvermögen ( $RV$ ). Das Well-Being ergibt sich also nunmehr aus der Addition von laufendem Einkommen und zwei Einkommensäquivalenten: erstens einem Einkommensäquivalent aus Nettogeld-, Nettogrund- und Gebrauchsvermögen und zweitens einem Einkommensäquivalent aus dem Rentenvermögen. Da beim Rentenvermögen durchschnittlich mit geringeren Zinssätzen zu rechnen ist als bei den übrigen Vermögensarten, wird es separat mit einem abweichenden Vermögensverteilungsfaktor eingefügt.

## Erweitertes Well-Being

$$(2) \quad Y_t^{**} = Y_t^{VE} + \underbrace{V_t^{EVE} \times \frac{i_V}{1-(1+i_V)^{-n}}}_{\text{Einkommensäquivalent } V_t} + \underbrace{RV_t^{EVE} \times \frac{i_{RV}}{1-(1+i_{RV})^{-n}}}_{\text{Einkommensäquivalent } RV_t}$$

$Y_t^{**}$	=	Erweitertes Well-Being zum Zeitpunkt t
$Y_t$	=	Einkommen zum Zeitpunkt t (verfügbares Jahreseinkommen)
$V_t$	=	Nettogeld- Nettogrund- und Gebrauchsvermögen zum Zeitpunkt t)
$RV_t$	=	Rentenvermögen zum Zeitpunkt t
$VE$	=	gegenwärtige Verbrauchseinheiten
$EVE$	=	durchschnittlich zu erwartende zukünftige Verbrauchseinheiten
$n$	=	Lebenserwartung ab Zeitpunkt t
$i_V$	=	Zinssatz für das Geld-, Grund- und Gebrauchsvermögen
$i_{RV}$	=	Zinssatz für das Rentenvermögen

Die zweite Erweiterung besteht darin, daß bei der Berechnung des Well-Beings Verbrauchseinheiten berücksichtigt werden, in der Formel (2) gekennzeichnet mit  $VE$  und  $EVE$ . Da die tatsächliche Lebenshaltung eines Haushalts wesentlich davon abhängt, wieviele Haushaltsmitglieder von

gegebenen finanziellen Ressourcen leben müssen, ist ein Well-Being wie bei WEISBROD und HANSEN, welches Verbrauchseinheiten vernachlässigt, wenig aussagekräftig.

Für jeden Haushalt der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wurde ein „Erweitertes Well-Being“ nach Formel (2) berechnet. Dabei wurde von einer Lebenserwartung des Haushaltsvorstandes von 75 Jahren ausgegangen und es wurden Zinssätze von 6 vH bei dem Geld-, Grund- und Gebrauchsvermögen und 0 vH bei dem Rentenvermögen unterstellt. Die Verbrauchseinheiten wurden in Anlehnung an MISSONG und STRYCK gewählt (MISSONG/ STRYCK, 1996, S.17).<sup>4</sup>

Die Bedeutung der Beurteilung der sozialen Lage anhand des Erweiterten Well-Beings wird in Abbildung 2 anhand verschiedener Lorenzkurven aufgezeigt. Der Verteilung des Erweiterten Well-Beings, welches die Größen verfügbares Einkommen und Nettogesamtvermögen<sup>5</sup> unter Berücksichtigung von Verbrauchseinheiten vereint, sind verschiedene andere Verteilungen der Einkommens- und Vermögenslage gegenübergestellt. Ausgewählt sind das Einkommen pro Verbrauchseinheit sowie zwei häufig in Verteilungsdiskussionen als Grundlage verwendete Größen, das Einkommen und Nettogeldvermögen pro Haushalt.

Das Geldvermögen, so zeigt sich, weist die stärkste Wölbung der Kurve und somit die größte Ungleichverteilung auf, das verfügbare Einkommen pro Verbrauchseinheit ist am gleichmäßigsten verteilt. Die zugehörigen Gini-Koeffizienten weisen Werte von 0,61 und 0,24 auf. Die Kurven des Einkommens pro Haushalt und des Erweiterten Well-Beings liegen mit Gini-Koeffizienten von 0,29 und 0,32 nahe beieinander.

Interessant ist der Verlauf der Kurve des Erweiterten Well-Beings in zweierlei Hinsicht: Erstens zeigt sich daß die häufig dargestellte Ungleichverteilung des Vermögens in der Bundesrepublik (vgl. z.B. SCHLOMANN, 1992, S.139; EULER, 1985, S.418) nicht derart ungleiche Lebenslagen beinhaltet, wie zunächst vermutet werden konnte. Zweitens ist interessant, daß sich die Lorenzkurven des Einkommens pro Haushalt und des Erweiterten Well-Beings schneiden. Das Einkommen ist im unteren Bereich ungleicher verteilt als das Erweiterte Well-Being, im oberen Bereich demgegenüber gleichmäßiger. Die Ungleichverteilung der Lebenslagen wird demnach, wenn sie - wie häufig vorgenommen - am Einkommen pro Haushalt gemessen wird, im unteren Bereich über-, im oberen Bereich dagegen unterschätzt. Das Vermögen trägt somit offensichtlich vor allem im oberen Lebenslagenbereich zur größeren Ungleichverteilung bei.

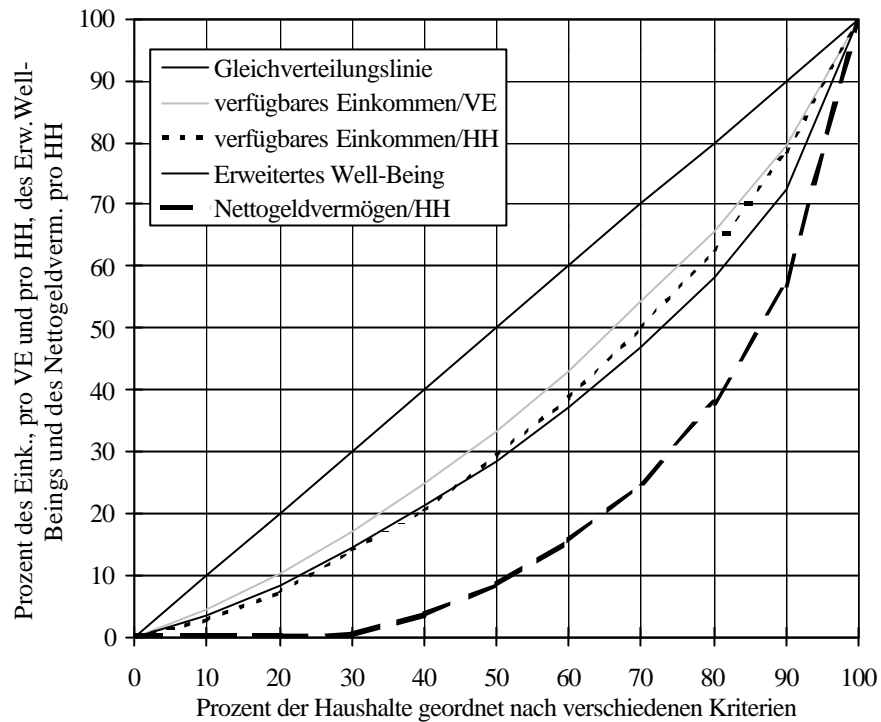
---

<sup>4</sup> Sie berechneten auf Basis der EVS 1988 folgende Einheiten: erste erwachsene Person 1,0, jede weitere erwachsene Person 0,57, jedes Kind im Alter von 0 bis 6 Jahre: 0,16; 7 bis 13 Jahre: 0,27; 14 bis 17 Jahre: 0,47 (MISSONG/ STRYCK, 1996, S.17).

<sup>5</sup> Das Nettogesamtvermögen ergibt sich aus dem Geld-, Grund- und Gebrauchsvermögen abzüglich der Konsumentenkredite, Hypotheken und Baudarlehen.



**Abb.2: Die Verteilungen sozialer Lagen gemessen an verschiedenen Kriterien**



Quelle: EVS 1988; eigene Berechnungen und Darstellung

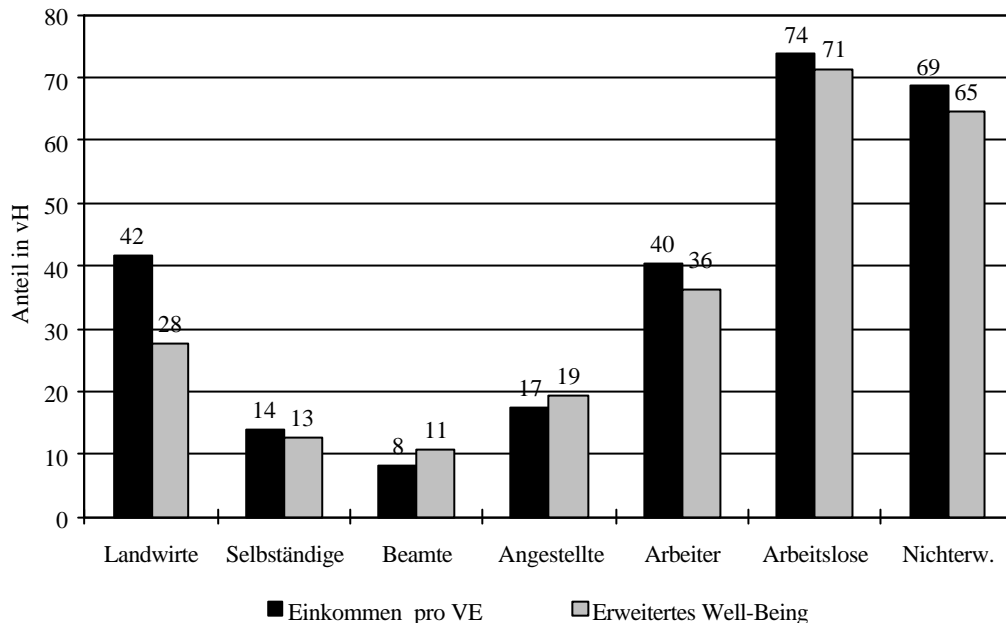
Da die Kurven des Einkommens pro Haushalt und des Erweiterten Well-Beings nahe beieinander liegen, liegt der Schluß nahe, das Kriterium Einkommen pro Haushalt sei eine angemessene Größe für die Darstellung der Verteilung der Lebenslagen. Daß dies nicht der Fall ist, zeigt der nächste Analyseschritt. Hier werden durch den Einbezug des Vermögens verursachte Verschiebungen sozialer Positionen einzelner Haushaltsgruppen (z.B. Landwirte, Beamte) betrachtet. Dazu wird wiederum die soziale Lage gemessen am Einkommen (hier pro Verbrauchseinheit) der sozialen Lage gemessen am Erweiterten Well-Being gegenübergestellt. Dabei liegt das Augenmerk auf den Verschiebungen im unteren sozialen Bereich.

In der Abbildung 3 ist der Anteil „armer“ Haushalte in verschiedenen sozialen Stellungen bei Zugrundelegung verschiedener Kriterien dargestellt. Die Gruppe der ärmsten Haushalte stellt jeweils das untere Quartil dar, wenn die Haushalte einerseits nach dem Einkommen pro Verbrauchseinheit, andererseits nach dem Erweiterten Well-Being aufsteigend geordnet werden.

Es zeigt sich, daß es zu deutlichen Verschiebungen sozialer Positionen kommt, wenn das Vermögen einbezogen wird. Lediglich bei den Beamten und Angestellten steigt der prozentuale Anteil armer Haushalte. Bei allen übrigen sozialen Stellungen sinkt der Anteil armer Haushalte. Am deutlichsten,

so zeigt sich, verbessert sich die soziale Lage der Landwirte. Zuvor gehörten 42 vH der Landwirte zu den armen Haushalten, nunmehr sind es 28 vH.<sup>6</sup>

**Abb. 3: Anteile der sozialen Stellungen in der Gruppe der ärmsten Haushalte nach den Kriterien Einkommen pro Verbrauchseinheit und Erweitertes Well-Being**



Quelle: EVS 1988; eigene Berechnungen und Darstellung

Die deutlichen Verschiebungen bei den Landwirten, so ergaben weitere Analysen, sind wesentlich auf das Grundvermögen zurückzuführen. Während Haushalte anderer sozialer Stellungen erst bei höherem Einkommen Grundvermögen bilden, sind Landwirte selbst im unteren Einkommensbereich schon mit Grundvermögen ausgestattet. Dies läßt sich damit erklären, daß Landwirte i.d.R. bereits bei der Hofübernahme privates Grundvermögen übertragen bekommen.

Abschließend ist zu erwähnen, daß die dargestellten Ergebnisse von den Annahmen im Erweiterten Well-Being beeinflusst sind, so zum Beispiel hinsichtlich der Zinssätze und der Lebenserwartung. Um die Robustheit der Ergebnisse zu überprüfen, wurden daher Sensitivitätsanalysen durchgeführt, d.h. es wurden Zinssätze und Lebenserwartungen variiert. Grundsätzlich läßt sich festhalten, daß es bei diesen Berechnungen zwar zu Veränderungen der Ergebnisse kam, grundsätzliche Aussagen kehrten sich jedoch nicht um, d.h. immer waren es die Landwirte, bei denen sich die deutlichsten Verschiebungen sozialer Lagen ergaben.

<sup>6</sup> Im Rahmen einer Dissertation zu dieser Thematik wurden weiterhin die Verschiebungen zwischen Haushalten verschiedener Typen (z.B. Ehepaare ohne und mit Kindern) sowie Altersgruppen beleuchtet. Auch hier kommt es durch den Einbezug von Vermögen zu Verschiebungen sozialer Positionen (vgl. THIELE, 1998, S.83-98).

### 3 Analyse der Determinanten des Vermögens

Im folgenden werden zunächst die Determinanten der Vermögensbildung abgeleitet, um auf dieser Grundlage ein Schätzmodell des Vermögens aufzustellen.<sup>7</sup> Aufgabe der sich anschließenden empirischen Analyse ist es, die Bedeutung der einzelnen Determinanten für die Vermögensbildung zu analysieren, um damit eine Identifikation von Haushaltskonstellationen zu ermöglichen, die systematisch hoch bzw. gering mit Vermögen ausgestattet sind.

Die Vermögenshöhe ist abhängig von den in der Vergangenheit getätigten Ersparnissen, den erhaltenen Erbschaften und Schenkungen sowie den Wertänderungen. Die aus den Ersparnissen gebildeten Vermögensbestände werden determiniert durch das Einkommen-Konsumverhältnis der Vergangenheit bis zur gegenwärtigen Periode  $t$ . Ein Schätzmodell zur Erklärung der Vermögenshöhe privater Haushalte läßt sich demnach folgendermaßen spezifizieren:

$$(3) \quad V_t = f \left( \sum_{i=1}^t \dot{\mathbf{a}} \text{Eink}_i, \sum_{i=1}^t \dot{\mathbf{a}} \text{Kons}_i, ES, W \right)$$

$\sum_{i=1}^t \dot{\mathbf{a}} \text{Eink}_i$  = Summe des Einkommens der Perioden  $i = 1, \dots, t$   
 $\sum_{i=1}^t \dot{\mathbf{a}} \text{Kons}_i$  = Summe des Konsums der Perioden  $i = 1, \dots, t$   
 $ES$  = Erbschaft/ Schenkung  
 $W$  = Wertänderung

Die Einkommen- und Konsumententwicklung ihrerseits wird durch das Vorhandensein sowie die Anzahl von Kindern im Haushalt beeinflußt. Insbesondere die Konsumententwicklung wird darüber hinaus durch ein Unsicherheits- und evtl. Vererbungsmotiv determiniert.

Einer Schätzung des Vermögens anhand des zuvor aufgestellten Modells sind aufgrund der Restriktionen durch das Datenmaterial einige Grenzen gesetzt. So sind in der verwendeten EVS 1988 weder die Summen des Einkommens ( $\sum_{i=1}^t \dot{\mathbf{a}} \text{Eink}_i$ ) und des Konsums ( $\sum_{i=1}^t \dot{\mathbf{a}} \text{Kons}_i$ ) noch die erhaltenen Erbschaften und Schenkungen ( $ES$ ) sowie Wertänderungen ( $W$ ) direkt erfaßt. Verfügbar sind hingegen Größen, die sich als Proxyvariablen der im Schätzmodell aufgeführten Variablen gut eignen. Wie die Tabelle 1 zeigt, beeinflussen die in der EVS erfaßten Proxyvariablen „aktuelles Einkommen“, „Haushaltstyp“, „Alter“ und „soziale Stellung“ nahezu alle in das Schätzmodell einbezogenen Faktoren.

---

<sup>7</sup> Die Ableitung der Determinanten erfolgt vor dem Hintergrund verschiedener Theorien und Modelle der Vermögensbildung. Die wesentliche Grundlage bildet dabei die Lebenszyklustheorie von MODIGLIANI und deren Erweiterungen (MODIGLIANI, 1954). Ein Überblick über die Theorien der Vermögensbildung kann THIELE (1998, S.105-126) entnommen werden.

**Tab. 1: In das Schätzmodell des Vermögens einbezogene Variablen sowie deren Abbildung anhand von Proxyvariablen**

Summe der Einkommen $\sum_{i=1}^t \mathbf{\hat{a}}^{Eink}_i$	Summe der Konsume $\sum_{i=1}^t \mathbf{\hat{a}}^{Kons}_i$	Erbschaft/ Schenkung <i>ES</i>	Wertänderung <i>W</i>
- aktuelles Einkommen	- Haushaltstyp	- Alter	nicht anhand
- Haushaltstyp	- Alter	- soziale Stellung	der EVS zu
- Alter	- Summe der		erfassen
- soziale Stellung	Einkommen		

Quelle: eigene Darstellung

Als Indikator der **Summe der Einkommen** ( $\sum_{i=1}^t \mathbf{\hat{a}}^{Eink}_i$ ) dienen alle vier einbezogenen Variablen. Das „aktuelle Einkommen“ sowie die „soziale Stellung“ fungieren als Indikator des Niveaus des Lebenseinkommens. Der „Haushaltstyp“ sowie das „Alter“ sagen etwas aus über den Stand im Familienzyklus, der seinerseits vergangene Einkommensschwankungen erklärt.

Die **Summe der Konsume** ( $\sum_{i=1}^t \mathbf{\hat{a}}^{Kons}_i$ ) wird ebenfalls durch alle vier Variablen beschrieben. Entscheidend wird der Konsum bis zur gegenwärtigen Periode durch den Stand im Familienzyklus (also dem Haushaltstyp in Verbindung mit dem Alter) geprägt sein. Handelt es sich beispielsweise um einen Haushalt mittleren Alters mit Kindern, kann davon ausgegangen werden, daß das Konsumniveau dieses Haushalts jetzt und in der Vergangenheit höher liegt bzw. gelegen hat als das Konsumniveau eines gleichaltrigen Haushalts ohne Kinder. Darüber hinaus wird das Konsumniveau entscheidend durch das Einkommensniveau geprägt sein, welches, wie zuvor beschrieben, seinerseits von den vier einbezogenen Variablen abhängig ist.

Der Konsum, so wurde zuvor festgehalten, wird außerdem durch ein Unsicherheits- und evtl. ein Vererbungsmotiv des Sparens determiniert. Auch diese Motive sind mit den einbezogenen Variablen z.T. erklärbar. Das *Unsicherheitsmotiv* z.B. wird von der sozialen Stellung abhängig sein. So ist davon auszugehen, daß Beamtenhaushalte mit steigendem Alter relativ zuverlässig Einkommenssteigerungen voraussagen können. Beamte werden daher bei gleichem Einkommen höhere Konsume bzw. geringere Ersparnisse aufweisen als z.B. Selbständige. Das *Vererbungsmotiv* wird sich im Haushaltstyp niederschlagen. Es ist davon auszugehen, daß das Vererbungsmotiv bei Haushalten mit Kindern ausgeprägter ist als bei Haushalten ohne Kinder.

**Erbschaften** und **Schenkungen** (*ES*), so ist aus empirischen Analysen bekannt, sind wesentlich vom Alter und der sozialen Stellung abhängig. Erbschaften in einem überdurchschnittlichen Ausmaß erhalten vor allem Haushalte mit einem 45 bis 64jährigen Haushaltsvorstand sowie der sozialen Stellungen „Beamte“, „Selbständige“ und „Angestellte“ (vgl. SCHLOMANN, 1992, S.249f.). Anhand

der EVS grundsätzlich nicht abbildbar ist die Vermögensbildung aufgrund der *Wertänderung* (W). In der EVS, bei der es sich um Querschnittsdaten handelt, sind lediglich die Vermögenswerte zum Zeitpunkt der Erhebung erfaßt. Um Rückschlüsse auf den Anteil der Vermögensbildung durch Wertänderungen auf Basis von Querschnittsdaten zu ziehen, müßte z.B. bekannt sein, wie lange ein Haushalt im Besitz einer jeweiligen Vermögensart ist.

Zusammengefaßt wird die Vermögenshöhe privater Haushalte in der empirischen Analyse mit Hilfe der folgenden Variablen erklärt:

$$(4) \quad V_t = f(Eink, Alter, SozS, HHTyp)$$

$V_t$  = Vermögen zum Zeitpunkt t

$Eink$  = Gegenwärtiges Einkommen

$Alter$  = Alter des Haushaltsvorstandes

$SozS$  = Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes

$HHTyp$  = Haushaltstyp (z.B. Ehepaare ohne Kinder, Ehepaare mit einem Kind)

Unter diesen in Formel (4) aufgeführten Variablen stellt lediglich das Einkommen eine quantitative bzw. metrische Variable dar. Die übrigen Faktoren, wie Haushaltstyp, Alter und soziale Stellung gehen als qualitative Variablen in Form von Dummy-Variablen ein. Jede Merkmalsausprägung (z.B. bei den Haushaltstypen Ehepaare mit 1, 2, und 3 Kindern) wird durch eine Dummy-Variable abgebildet. Zusätzlich zu den Dummy-Variablen werden deren multiplikative Verknüpfungen mit dem Einkommen einbezogen, hier dargestellt in der zweiten Zeile. Zur Vermeidung vollständiger Multikollinearität wird bei jedem der drei qualitativen Merkmale jeweils eine Ausprägung aus der Schätzgleichung herausgelassen. Ein Haushalt, der diese Ausprägungen aufweist (hier: Ehepaare ohne Kinder, Altersgruppe 35 bis 44 Jahre, Angestellter), fungiert als Referenzhaushalt. Ziel der Analyse ist es nun, die Abweichung des Vermögens von z.B. Haushalten mit Kindern zu diesem Referenzhaushalt zu ermitteln.<sup>8</sup> Insgesamt werden 38 erklärende Variablen einbezogen.

---

<sup>8</sup> Grundsätzlich ist es nicht von Belang, welcher Haushalt als Referenzhaushalt definiert wird bzw. welche Merkmalsausprägungen aus der Schätzgleichung ausgeschlossen werden. Die Ergebnisse lassen sich so umformen, daß ein beliebiger anderer Haushalt den Referenzhaushalt darstellt.

$$(5) \quad V_t = b_0 + b_1 Y_t + b_2 HT_1 + \dots + b_8 HT_7 + b_9 AL_1 + \dots + b_{13} AL_5 + b_{14} ST_1 + \dots + b_{19} ST_6 + \\ b_{20} Y_t HT_1 + \dots + b_{26} Y_t HT_7 + b_{27} Y_t AL_1 + \dots + b_{31} Y_t AL_5 + b_{32} Y_t ST_1 + \dots + b_{37} Y_t ST_6 + u$$

$V_t$	=	Vermögen zum Zeitpunkt t
$b_{0..37}$	=	Regressionskoeffizienten
$Y_t$	=	Gegenwärtiges Einkommen
$HT_{1..7}$	=	Haushaltstyp
$AL_{1..5}$	=	Alter des Haushaltsvorstandes
$ST_{1..6}$	=	Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes
$u$	=	Störgröße

Der Einbezug der Dummy-Variablen sowie ihrer multiplikativen Verknüpfung mit dem Einkommen ermöglicht es, für jede Merkmalskombination die Veränderung der Vermögenshöhe bei steigendem Einkommen zu ermitteln. So kann z.B. für einen Haushalt mit den Merkmalen „Ehepaar ohne Kind“, „Altersgruppe 35 bis 44“ und „soziale Stellung Landwirt“ die Steigung des Vermögens bei steigendem Einkommen prognostiziert werden.<sup>9</sup>

In der Tabelle 2 ist der Einfluß des Einkommens auf das Nettogesamtvermögen bei Haushalten verschiedener Typen dargestellt. Die Darstellung ist so gewählt, daß ausgehend von einem Angestelltenhaushalt der Altersgruppe 35 bis 44 Jahre jeweils der Haushaltstyp variiert wurde. Zunächst soll das Augenmerk auf die ersten beiden Spalten gerichtet werden. Hier sind die Konstanten sowie die Steigungen des Vermögens bei steigendem Einkommen ausgewiesen.

Interessant ist, daß sich je nach betrachtetem Haushaltstyp signifikant unterschiedliche Steigungen des Vermögens bei steigendem Einkommen ergeben. Die Steigungen reichen von 3,3 bei den Ehepaaren mit drei Kindern bis zu 5,3 bei den Alleinlebenden ohne Kinder. Die signifikant unterschiedlichen Steigungen des Vermögens bei steigendem Einkommen unterstreichen die im vorigen Abschnitt getroffene Aussage, daß die Größe Einkommen als Indikator der Vermögenslage bzw. der sozialen Lage unzureichend ist.

Besonders auffällig ist außerdem, daß die Ehepaare mit Kindern die einzigen Haushaltstypen sind, die positive Konstanten aufweisen, und zwar mit steigender Kinderzahl zunehmend. Die Konstanten spiegeln die Vermögenshöhe bei einem hypothetischen Einkommen von Null wider. Hohe und in

---

<sup>9</sup> Die Schätzung der Vermögensgleichung nach der Methode der Kleinsten Quadrate setzt die Exogenität der Regressoren voraus, d.h. es dürfen keine Rückkopplungen zwischen dem Vermögen (endogene Variable) und den auf der rechten Seite berücksichtigten Erklärungsvariablen (exogene Variablen) bestehen. In der Tat enthält das in der EVS ausgewiesene verfügbare Einkommen auch Vermögenseinkommen (im Durchschnitt der Haushalte 12 vH). Diese fließen den Haushalten jedoch lediglich aus einem Teil des Gesamtvermögens zu. Aus wesentlichen Komponenten wie dem Gebrauchs-, Renten- und Lebensversicherungsvermögen fließen den Haushalten keine Vermögenseinkommen zu. Bei diesen ist eine Rückwirkung auf das laufende Einkommen somit auszuschließen. Zusammenfassend wird eine Kleinst-Quadrate-Schätzung also dadurch gerechtfertigt, daß zum einen der Anteil des Einkommens aus Vermögen bei den betrachteten Haushalten relativ gering ist, zum anderen die Vermögensgröße im wesentlichen aus Komponenten besteht, die keine Rückwirkung auf die verwendete Einkommensvariable besitzen.

diesem Fall positive Konstanten deuten darauf hin, daß Haushalte bereits bei geringem Einkommen über relativ viel Vermögen verfügen.

**Tab. 2: Der Einfluß des Einkommens auf das Nettogesamtvermögen bei verschiedenen Haushaltstypen**

- Referenzhaushalt: Angestellter der Altersgruppe 35 bis 44 Jahre -

	Regressionskoeffizienten		Erwartungswert des Nettoges.vermögens bei 52.000 DM Jahreseink.
	Konstante	Einkommen	
Ehepaar ohne Kind	-24.031*	4,44**	207.000
Ehepaar mit 1 Kind	1.238**	4,14*	216.000
Ehepaar mit 2 Kindern	15.644**	4,11*	229.000
Ehepaar mit 3 Kindern und mehr	68.257**	3,30**	240.000
Alleinlebend ohne Kind	-41.645*	5,32**	235.000
Alleinlebend mit 1 Kind	-46.114	4,40	183.000
Alleinlebend mit 2 Kindern und mehr	-7.458	3,52*	176.000
n= 43.756	R <sup>2</sup> = 0,43		

\* signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5 vH

\*\* signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 1 vH

Quelle: EVS 1988; eigene Berechnungen und Darstellung

Um die Vermögensunterschiede zwischen den Haushaltstypen transparenter zu gestalten, können die Regressionskoeffizienten sowie vorgegebene Beispieleinkommen in die zuvor dargestellte Schätzgleichung eingesetzt werden. Wird, wie hier in der dritten Spalte der Tabelle ausgewiesen, als Beispieleinkommen das Medianeinkommen aller Haushalte gewählt (52.000 DM), weisen die Ehepaare mit drei Kindern die höchsten Erwartungswerte des Vermögens auf.

Dieses Ergebnis erstaunt, denn insbesondere bei diesen Haushalten ist aufgrund des höheren Konsums durch Kinder von einer geringen Sparfähigkeit auszugehen. Dennoch scheinen diese relativ viel Vermögen zu bilden. Ein Erklärungsgrund dafür könnte zum Beispiel sein, daß Haushalte mit Kindern ihre Konsumstruktur verändern. So werden sie Ausgabenpositionen wie „Verzehr außer Haus“ oder „Reisen“ einschränken. Gleichzeitig werden diese Haushalte vermutlich die Haushaltsproduktion steigern.

Die festgestellten hohen Vermögenswerte der Ehepaare mit Kindern, so ergaben weitere Analysen, sind auf das Grundvermögen zurückzuführen. Bereits im unteren Einkommensbereich haben Kinderhaushalte bereits hohe Anreize bzw. Präferenzen, Grundvermögen zu bilden. Ein Grund dafür wird sein, daß die Mietbelastung bei Haushalten mit Kindern steigt, so daß ein Eigentumserwerb

nahezu zu einer gleichen Belastung führt, nicht zuletzt aufgrund der staatlichen Förderung insbesondere der Familien mit Kindern.

Das Resultat, daß Familien mit Kindern hohe Anreize haben, Grundvermögen zu bilden, basiert auf den Ergebnissen einer Tobit-Schätzung.<sup>10</sup> Aus dieser Schätzung abgeleitet können Einkommenschwellen für die Bildung von Grundvermögen berechnet werden. Diese sind in Tabelle 3 abgebildet.

**Tab. 3: Einkommenschwellen für die Bildung von Grundvermögen - Berechnungen auf Basis einer Tobit-Schätzung**

- Referenzhaushalt: Angestellter der Altersgruppe 35 bis 44 Jahre -	
	Einkommenschwelle <sup>1</sup> , ab der im Mittel Grundvermögen gebildet wird (in DM)
Ehepaar ohne Kind	63.000
Ehepaar mit 1 Kind	54.000
Ehepaar mit 2 Kindern	46.000
Ehepaar mit 3 Kindern u. mehr	40.000
Alleinlebend ohne Kind	62.000
Alleinlebend mit 1 Kind	63.000
Alleinlebend mit 2 Kindern u. mehr	72.000

1) Verfügbares Jahreseinkommen pro Haushalt

Quelle: EVS 1988; eigene Berechnungen und Darstellung

Hier zeigt sich, daß Ehepaare mit drei Kindern im Durchschnitt schon ab einer Einkommenschwelle von ca. 40.000 DM verfügbaren Jahreseinkommens Anreize haben, Grundvermögen zu bilden. Ehepaare ohne Kinder dagegen, bilden erst ab einem verfügbaren Jahreseinkommen von durchschnittlich 63.000 DM Grundvermögen. Sehr geringe Anreize der Grundvermögensbildung weisen außerdem alle Alleinlebenden auf. Dies zeigen Einkommenschwellen von 62.000 DM und höher, welche insbesondere in diesen Haushaltsgruppen bereits relativ hohe Lebenshaltungen implizieren.

#### **4 Schlußfolgerungen für eine Gestaltung sozialpolitischer Maßnahmen**

Eine zentrale Aussage der vorangegangenen Analysen ist, daß das Vermögen privater Haushalte einen bedeutenden Einfluß auf die soziale Lage hat, und daß der Indikator Einkommen nicht ausreicht, die soziale Lage der privaten Haushalte umfassend zu bestimmen. Dies wurde sowohl mittels eines „Erweiterten Well-Beings“ als auch mittels ökonometrischer Schätzungen nachgewiesen.

<sup>10</sup> Zur Notwendigkeit der Anwendung des Tobit-Verfahrens bei der Schätzung des Grundvermögens vgl. THIELE, 1998, S.137-145.



Die Analyse im Abschnitt 2 zeigte, daß bei einem Einbezug des Vermögens neben dem Einkommen insbesondere die soziale Lage der Landwirte aufgrund relativ geringer Einkommen, jedoch hoher Grundvermögensbestände unterschätzt wird. Dem steht gegenüber, daß die auf Basis des Einkommens ausgewiesene ungünstige soziale Lage der Landwirtschaft als eines der Argumente für Subventionszahlungen an die Landwirtschaft herangezogen wird (vgl. BMELF, 1995, S.59f.). Da die vorliegende Untersuchung zeigt, daß sich die soziale Lage der Landwirte bei Einbezug des Privatvermögens verbessert, verliert das Argument, die gesamte Berufsgruppe der Landwirtschaft aufgrund ihrer ungünstigen sozialen Lage zu fördern, an Kraft und sollte demnach aus gesamtwirtschaftlicher Sicht überdacht werden.

Die in Abschnitt 3 ermittelten Einkommensschwelle verdeutlichen, daß insbesondere Ehepaare mit Kindern hohe Präferenzen zur Bildung von Grundvermögen haben. Eine staatliche Förderung von Wohneigentum erreicht daher insbesondere diese Haushaltsgruppe. Da gerade Haushalte mit Kindern relativ geringe soziale Lagen aufweisen (vgl. THIELE, 1998, S. 86), ist die spezielle Förderung der Bildung von Wohneigentum vor dem Hintergrund verteilungspolitischer Ziele positiv zu werten. Negativ zu beurteilen ist jedoch, daß die Alleinlebenden mit Kindern, die unter den Haushaltstypen im Mittel als die sozial schwächsten gelten (vgl. THIELE, 1998, S. 86), durch eine Vermögenspolitik, die speziell auf die Bildung von Wohneigentum ausgerichtet ist, nur schwer erreicht werden können. Eine sozialstaatlich effiziente Vermögenspolitik sollte, wenn ihre Durchführung beschlossen wird, gerade diese Haushalte in höherem Maße erreichen als andere.

Aufgrund der hohen Bedeutung des Vermögens für die soziale Lage, so läßt sich festhalten, sollte eine Beurteilung verteilungspolitischer Maßnahmen immer beide Komponenten „Einkommen“ und „Vermögen“ gleichzeitig berücksichtigen. Dabei ist es wichtig, das gesamte Vermögen einzubeziehen und sich nicht auf einzelne Vermögensarten zu beschränken. Hierzu gehört auch das Rentenvermögen, eine Vermögensart, die in bisherigen Vermögensanalysen in der Bundesrepublik wenig Berücksichtigung findet.

## **Literatur:**

BEDAU, K.-D. (1992): Die Vermögenseinkommen der Privaten Haushalte 1991. In: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, 59, S.371-377.

BEDAU, K.-D. (1993): Die Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in Deutschland seit Mitte der achtziger Jahre. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 3/4, S.150-171.

BMELF, BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN (Hg.) (1995): Agrarbericht der Bundesregierung 1995. Bonn.

BÖRSCH-SUPAN, A. (1995): Intertemporale Substitution. In: Wirtschaftsstudium (WISU), 2, S.147-152.

- DAVID, M. (1959): Welfare, Income, and Budget Needs. In: Review of Economics and Statistics, Vol.41, S.393-577.
- DEUTSCHE BUNDESBANK (Hg.) (1998 u.a.): Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1997 und vorangehende Veröffentlichungen. In: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 5, S. 27-42.
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (Hg.) (1991): Die Vermögenseinkommen der Privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1990. In: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, 31, S.435-441.
- DORNBUSCH, R.; FISCHER, S. (1992): Makroökonomik. 5. Aufl. München, Wien, Oldenburg.
- EULER, M. (1985): Geldvermögen privater Haushalte Ende 1983. In: Wirtschaft und Statistik, 5/85, S.408-418.
- HOBER, R.-J. (1981): Versorgungsvermögen in der Vermögensverteilung. Tübingen.
- MISSONG, M.; STRYCK, I. (1996): Existenzminima, Sozialhilfe und Lineare Ausgabensysteme. Arbeitsberichte des Instituts für Ernährungswirtschaft und Verbrauchslehre der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Verbrauchslehre und Haushaltsökonomie, Bd.12. Kiel.
- MODIGLIANI, F.; BRUMBERG, R. (1954): Utility Analysis and the Consumption Function: An Interpretation of Cross-Section Data. In: KURIHARA, K.K. (Ed.): Post-Keynesian Economics. London, S.388-437.
- RADNER, D.B. (1993): Alternative Estimates of Economic Well-Being by Age Using Data on Wealth and Income. In: Research in Economic Inequality, Vol.4, S.99-130.
- RADNER, D.B.; VAUGHAN, D.R. (1987): Wealth, Income and the Economic Status of Aged Households. In: WOLFF, E.N. (Ed.): International Comparisons of the Distribution of Household Wealth. Oxford, S.94-120.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (1998): Vor weitreichenden Entscheidungen. Jahresgutachten 1998/99. Stuttgart.
- SCHLOMANN, H. (1992): Vermögensverteilung und private Altersvorsorge. Frankfurt/Main, New York.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hg.) (1998 u.a.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1998 und vorangehende Veröffentlichungen. Wiesbaden.
- THIELE, S. (1998): Das Vermögen privater Haushalte und dessen Einfluß auf die soziale Lage. Studien zur Haushaltsökonomie, Bd. 17, Frankfurt am Main.
- WEISBROD, B.A.; HANSEN, W.L. (1968): An Income-Net Worth Approach to Measuring Economic Welfare. In: American Economic Review, Vol.58, S.1315-1329.
- WOLFF, E.N. (1990): Wealth Holdings and Poverty Status in the U.S.. In: Review of Income and Wealth, Vol.36, 1990, S.143-165.

## **Assessing Distributional Policies: The Importance of Wealth**

In general, a household's income is used in order to measure its social position. In this investigation, private wealth (financial assets, real estate, pension wealth and durable goods) is also taken into account. It is shown, that the relative social position of German households is changed when private wealth is considered in addition to income. In this process especially the pension wealth, which is often underrepresented in present discussions, has a high importance. Further, determinants of the accumulation of private wealth are analysed in an econometric model. The database used for the empirical analysis makes use of approximately 45.000 West German households from the national Income and Consumption Survey (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe). The results of this analysis show direct consequences for assessing distributional policies.